

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980
Fax +43 (0)1 4000 7135
post@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:
30-06-(2023-0164)

bearbeitet von:
Dr. Dernbauer/Mikulik

elektronisch erreichbar:
guido.dernbauer@staedtebund.gv.at

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per E-Mail: tarife@e-control.at

Wien, 3. Februar 2023

**Strom-Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2013 (SNE-V 2018) –
2. Novelle 2023; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf den kürzlich verlautbarten Entwurf der 2. Novelle der SNE-VO 2018 (2. Novelle 2023) gibt der Österreichische Städtebund nach Rücksprache mit Mag. Christian Ehrenhauser, PMSc folgende Stellungnahme ab.

Allgemeines

Netzverlustentgelte sind ein Bestandteil der von der E-Control verordneten Netztarife. Da diese marktpreisbasiert sind, sind die Tarife um 450 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (Wert Kärnten, bundesweit aber ähnlich), d.h. um ca. 2 Cent/kWh netto mehr.

Bei ca. 1,5 GWh Stromverbrauch (Annahme: alle Zählpunkte befinden sich in Netzebene 7 und sind als „nicht gemessen“ eingestuft) sind bei Annahme einer Steigerung um 2,16 ct/kWh in Oberösterreich nur für das Netzverlustentgelt Mehrkosten im Vergleich zu 2022 in Höhe von EUR 32.400,- zu veranschlagen, sollte die SNE-VO in der vorliegenden Fassung beschlossen werden. Bezogen auf den Gesamtverbrauch einer Stadt ergeben sich dadurch Mehrkosten in Höhe mehrerer Hunderttausend Euro pro Jahr.

Die derzeit vorliegende Novelle der SNE-VO weist für die Netzverlustentgelte wesentliche Steigerungen im Vergleich zu den Tarifen des Kalenderjahrs 2022 aus. Im Zuge einer erneuten Novelle sollen die Netzverluste ab 1. März 2023 nämlich erneut angepasst bzw. kompensiert werden (Bezuschussung lt. Konsultationsentwurf in Höhe von 173 EUR/MWh für Entnehmer in der 1. Jahreshälfte und weitere Steigerungen der Netzverlustentgelte und erstmalige Belastung der Einspeiser mit dem Netzverlustentgelt im 2. Halbjahr, damit durchschnittlicher Zuschuss von 225 EUR/MWh auf das Gesamtjahr 2023). Neu ist jedenfalls auch die Kostenbelastung für Einspeiseanlagen ab dem 1. Juli 2023 bis 31. Dezember 2023.

Weiters ergeben sich in weiterer Folge **Zusatzkosten** für Städte/Gemeinden bei den **Erneuerbaren Förderzuschlägen** als auch bei den **Biomasseförderzuschlägen**, die anteilig auf das Netzverlustentgelt aufgeschlagen werden.

Die Regulierungsbehörde prüft auskunftsgemäß die Angemessenheit der hinterlegten Kostenbasis, welche für die zukünftigen Netzverlustentgelte verantwortlich zeichnet.

Nachfolgende Fragestellungen bzw. Feststellungen sollten für eine Angemessenheitsprüfung der zukünftigen Netzverlustentgelte aus Sicht des Österreichischen Städtebundes jedenfalls berücksichtigt werden.

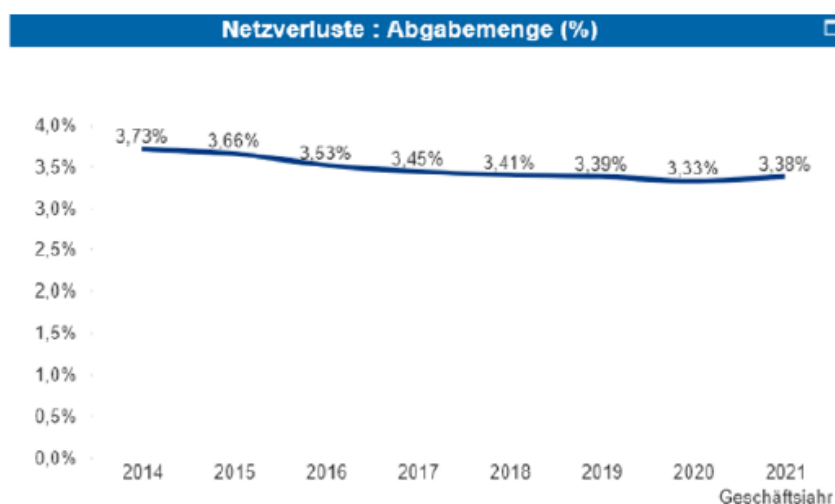
1. Stellen die Netzverluste eine rechnerische Größe (z.B. Delta zwischen Abgabe Energie in das Verteilnetz vs. aufsummierte/gemessene Verbräuche aller Netzkunden) dar oder werden diese z.B. in Teilbereichen des jeweiligen Netzes „gemessen“?

Sollte von einer rechnerischen Größe ausgegangen werden, ist somit eine konstante Netzverlustenergiebeschaffung anzunehmen (ergo: Annahme Beschaffung rein mit Future-Produkten „Base“ – „Base“ betrifft Lieferzeit von Montag bis Sonntag 0-24 Uhr)

Wurden die Mengen mit etwaigen aggregierten Werten der Regelzonenführer abgeglichen?

2. Wurde sichergestellt, dass Doppelanrechnungen der Netzverlustmengen nicht zustande kommen? Werden z.B. durchgeleitete Mengen (Unterverteilernetze) jeweils vom Verteilnetzbetreiber (z.B. auf Ebene des „Durchleiters“) für die Kostenbasis der Netzverlustkosten herausgerechnet?

3. Laut den Erläuterungen der SNE VO Novelle 2023 bewegen sich die Netzverluste in einer - in Relation zur Abgabemenge in das Netz - linear abfallenden Bandbreite (siehe Auszug der Erläuterungen zu SNE-VO Novelle 2023). Somit ist die im Voraus zu beschaffende Menge grundsätzlich mit Futures bis zu 6 Jahre! im Voraus möglich, wobei die Future-Produkte für die nächsten 3 Jahre jedenfalls liquide/gut verfügbar und damit für den Netzbetreiber bzw. vorgelagertem Energiehändler planbar sind. Beispielsweise wäre hier bereits 2020 die Energie mit 3,3 – 3,5 Mengenanteil der Abgabemengen in das Netz der letzten Jahre absicherbar/beschaffbar gewesen.



Quelle: Erläuterungen zu SNE-VO Novelle 2023

4. Wurden hier die Aufschläge für die Beschaffung zwischen Netzbetreiber und vorgelagertem Handel auf Angemessenheit geprüft (auch bei Profitcenterüberschreitenden Geschäften, oder bei Durchführung von Bezugs-/Absicherungsgeschäften zwischen Handels- und Netzgesellschaften – sofern Legal Unbundling zwingend erforderlich)? Oder wurden hier als Kostenbasis rein die Absicherungskurse (z.B. von EEX-Jahresfuture-Kursen) herangezogen?

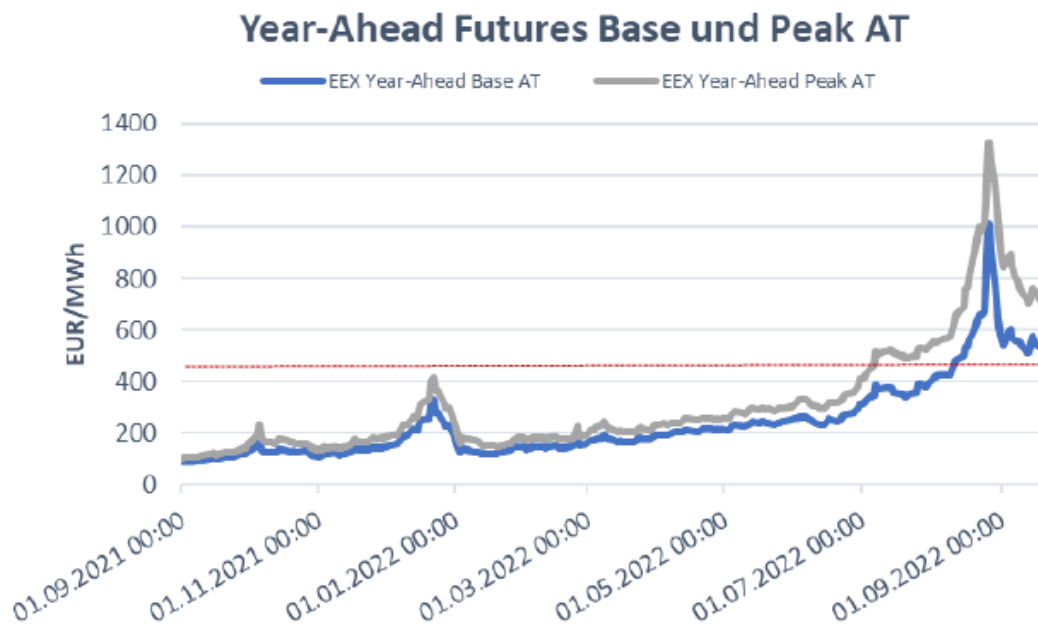
5. Wie wird im Zuge der Kostenprüfung sichergestellt, dass die zugeordneten Beschaffungsgeschäfte (für die Netzverlustenergiemengen) nicht auch für andere (Kunden)portfolien im 2023 verwendet werden können bzw. an der Börse mit Gewinn verkauft werden und Wiedereindeckungen zu günstigeren Einkaufskursen erfolgen und es somit zu Überzahlungen durch die Netzverlustentgelte kommen könnte? Sind die Beschaffungsgeschäfte eindeutig für die Netzverlustmengen in den Handelsbüchern zugeordnet bzw. auch revisionssicher für die Periode 2023 „gesperrt“?
6. Wie hoch ist der durchschnittliche Beschaffungskurs (auf Ebene Verteilnetzbetreiber, auf das KJ 2023 bezogen) für die Ermittlung der Netzverlustentgelte? Sind dies die in den Erläuterungen angeführten 399,78 EUR/MWh?
Wurden diese Einkaufskurse, z.B. sofern ein integriertes Versorgungsunternehmen vorliegt, den aktuellen Grundversorgungstarifen der zugehörigen integrierten Vertriebsgesellschaften gegenübergestellt? Bei Annahme von Mitbeschaffung der Netzverluste im Rahmen der rollierenden Beschaffung wären hier Absicherungskurse bereits 12 – 18 Monate vor 2023, somit spätestens bis 31.12.2021 erfolgt.

Die Darstellung bzw. Begründung der gestiegenen Netzverluste durch gestiegene Beschaffungs- bzw. Absicherungskosten (EEX Futures) ist kritisch zu hinterfragen und unter Bedachtnahme der tatsächlichen Absicherung/Beschaffungsstrategie zu analysieren.

Bei Annahme einer vorgelagerten Beschaffung (siehe dazu untenstehend die Erläuterungen der SNE-VO Novelle 2022, wo dies bestätigt wird!) sollten hier die Börsenpreise von spätestens Ende 2021 relevant sein (wenn nicht sogar teilweise noch früher beschafft wurde). Somit liegen die Preise deutlich unter 20 ct/kWh (Base/Peak-Gewichtung wäre analog oben angeführter Fragen zu klären – wobei eine reine Base-Beschaffung auch nachvollziehbar bzw. begründbar wäre; Base ist sinngemäß wesentlich günstiger als Peak-Produkt).

Bedeutet die rote Linie in der unteren Grafik zur SNE VO Novelle 2023, dass hier durchschnittliche Beschaffungskurse von ca. 45 ct/kWh als Kostenbasis für die Netzverlustentgelte angesetzt wurden?

Auszug aus Erläuterungen SNE-VO Novelle 2023:

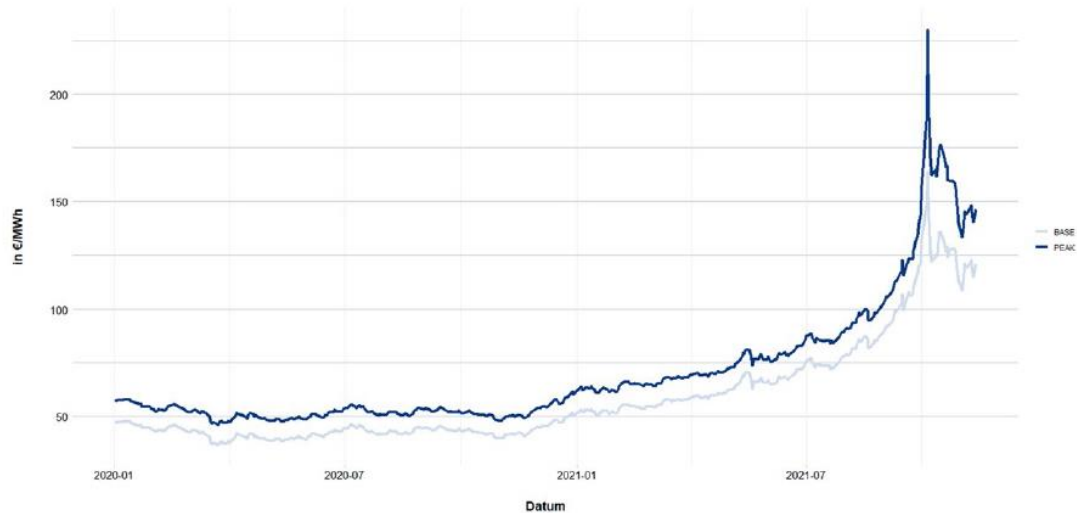


Hier der **Auszug zu den Erläuterungen zur vormaligen SNE-VO, Novelle 2022:**

„Zu § 6: Netzverlustentgelt Das Netzverlustentgelt wurde entsprechend den genannten Vorgaben und den Ergebnissen der Ermittlungsverfahren des Vorstands der E-Control hinsichtlich der Zielvorgaben, Kosten und des Mengengerüsts folgend festgelegt. Wie bereits zuvor angeführt, kommt es in allen Netzbereichen aufgrund der erheblich angestiegenen Energiepreise an den Börsen zu deutlichen Erhöhungen. In der Kostenermittlung wurden um rd. 37% höhere Preise als im Vorjahr berücksichtigt. Im Vergleich zu den Preisanstiegen der Strompreise im Laufe des Jahres 2021 ist dieser Wert niedriger und darauf zurückzuführen, dass bereits ein Teil der **Netzverluste für das Jahr 2022 zu einem früheren Zeitpunkt beschafft wurde und somit kostensenkend wirkt**. Börsenpreise zeigen aktuell ab dem 2. Quartal 2022 wieder sinkende Werte. Die weitere Entwicklung des Netzverlustentgelts kann aber noch nicht gut prognostiziert werden. Nachfolgende Graphik zeigt die Strompreisentwicklung für Year-Ahead Futures (Jahreskontrakte) der letzten beiden Jahre: Stand: 15. November 2021 (Quelle: EEX, Graphik: E-Control)“

Stand: 15. November 2021 (Quelle: EEX, Graphik: E-Control)

GROSSHANDELSPREIS STROM



7. Welche Prüfungshandlungen wurden seitens der Regulierungsbehörde gesetzt, um hier die tatsächlichen Beschaffungskosten der Netzbetreiber dem Grund und der Höhe nachzuprüfen oder wurden hier schlichtweg die Angaben der Netzbetreiber übernommen?

Aktuell können Privatkundentarife (Fixpreise mit 1a-Bindung, somit analog für Kalenderjahr 2023/SNE-VO Novelle 2023 anwendbar/vergleichbar) mit Energiepreisen deutlich unter 30 ct/kWh (auch vor Abzug lt. Stromkostenzuschussgesetz) abgeschlossen werden. Sind auch die bestehenden Grundversorgungstarife in dieser Preisbandbreite verfügbar?

Anbei als Beispiel ein aktueller Grundversorgungstarif (bekanntermaßen gemäß § 77 Abs. 2 ElWOG gedeckelt mit jenem Tarif den der größte Anteil an Privatkunden erhält):

[https://www.energieag.at/Grundversorgung-Strom-Q1-2023.pdf?ch=JX\\$f1Pkl&:hp=1;2;de](https://www.energieag.at/Grundversorgung-Strom-Q1-2023.pdf?ch=JX$f1Pkl&:hp=1;2;de)

In diesen Endkundenpreisen sind sinngemäß entsprechende Aufschläge des Stromvertriebs enthalten. Somit sind die tatsächlichen Beschaffungskosten jedenfalls wesentlich unter z.B. 25 ct/kWh anzunehmen. Der Netzbetreiber sollte doch hier keine Gewinnaufschläge in den Netzverlustenergieeinkäufen berücksichtigen dürfen, da die Gewinnkomponente für den Netzbetreiber

ohnehin in der Kostenbasis zusätzlich über den WACC abgebildet/zugestanden wird!

8. Mit welcher fachlichen/rechtlichen und technischen Begründung werden die Netzverlustentgelte ab 1.3.2023 auch den Erzeugungseinheiten zugeordnet?
9. Mit welcher fachlichen/rechtlichen und technischen Begründung werden hier den Einspeisern **höhere** Netzverlustentgelte (im Vergleich zu den Netzverlustentgelten, die nur für Bezugsenergie bis 1.3.23 gelten) ab 1.3.2023 zugeordnet oder geht es hier rein um die Erreichung der rechnerischen Zuschusshöhe von 225 EUR/MWh – auf das KJ 2023 bezogen - durch Kostenverteilung/-umlage auf die Erzeuger?
10. Ist diese Abrechnung der Netzverlustenergie für Einspeiser nur bei Volleinspeiseanlagen oder auch bei Überschusseinspeiseanlagen anzuwenden?
11. Bei Annahme, dass die tatsächliche Kostenbasis der Netzverlustenergie deutlich unter den von Ihnen angeführten „Netzverlustpreisen“ (399,78 EUR/MWh) liegt und hier zusätzlich Subventionierungen/Zuschüsse (u.a. auch auf Kosten der Erzeugungseinheiten) im „Verteilnetzbereich“ erfolgen, ergeben sich wesentliche rechtliche Themen, wie:

Wäre dies nicht als gesetzlich untersagte Quersubventionierung des Netzbereiches zu werten? Diese wäre doch EU-rechtlich und in Bezug auf ElWOG (siehe dazu auch Verbot Quersubventionierung § 8 ElWOG idgF) jedenfalls zu verneinen und mit entsprechenden Sanktionen behaftet. Dies gilt sinngemäß auch für die Zuführung etwaig abgeschöpfter Zufallsgewinne der Energielieferanten und Rückverteilung in den Netzbereich (z.B. durch Bezuschussung der Netzverlustentgelte).

12. Wurden die Zusatzkosten durch die Folgewirkung auf Erneuerbare- und Biomasseförderzuschläge bereits erhoben?

So wurde z.B. in der *Ökostromförderbeitragsverordnung 2021* die *Bemessungsgrundlage für die Förderbeiträge festgelegt: **28,42%** des österreichweit durchschnittlichen, je Netzebene zu entrichtenden Netznutzungs- und **Netzverlustentgelts**.*

Werden die Erneuerbaren-Förderbeiträge und die Biomasse-Förderbeiträge im Zuge der Verordnung für 2023 – analog 2022 – wieder auf Null gesetzt?
Für eine Budget-/Planungssicherheit ist eine zeitnahe Verlautbarung der Verordnung – auch zukünftig – essenziell!

Schlussfolgerung

Letztes Jahr wurde gesetzlich bereits ein Entlastungspaket beschlossen, das aber in der Verordnung noch nicht umgesetzt wurde. Die E-Control Verordnung wurde sogar mit den erhöhten Preisen beschlossen.

Aus Sicht des Österreichischen Städtebundes wäre es daher essentiell, dass das Entlastungspaket rückwirkend per 1.1.2023 umgesetzt wird, da ansonsten alle großen Anlagen, die monatlich abgerechnet werden MÜSSEN (gesetzlich vorgeschrieben!), um die Kostenreduktion umfallen.

Nachdem generell weitere Entlastungspakete für alle diskutiert werden, sollten unabhängig von den Netztarifen auch für Städte und Gemeinden für alle leitungsgebundenen Energieträger Zuschüsse beschlossen werden. Dabei sollte die Entlastung die Gesamtkosten betreffen, d.h.

- i. Energieabgabe weiter gesenkt von 1,5 auf 0,1
- ii. Entweder Kostenstütze bei den Netztarifen oder Unterstützung auf Gesamtkosten (Energie/Netz/Abgaben)

Die Fernwärme sollte hier inkludiert sein!

Mit freundlichen Grüßen



OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär